

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 23 | 17.4.2026

Die aktuelle politische Lage bleibt ernst. CDU-geführte Bundesregierung

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Lage im Nahen und Mittleren Osten bleibt angespannt. Die Straße von Hormus bleibt blockiert. Die Spritpreise bleiben hoch.

Unter diesem Eindruck hat der Koalitionsausschuss am Wochenende stattgefunden. Im Ergebnis werden wir für zwei Monate die Energiesteuer bei Diesel und Benzin um jeweils knapp 17 Cent senken und so private Verbraucher ebenso wie die Wirtschaft entlasten. Zusätzlich können Arbeitgeber ihren Beschäftigten freiwillig, wenn sie können und wollen, in diesem Jahr bis zu 1000 Euro steuer- und abgabenfrei auszahlen.

Zum Verbrenner wurde die deutsche Positionierung gegenüber der EU-Kommission endlich so geeinigt, dass die Interessen unserer Autoindustrie unterstützt und die dortigen Jobs geschützt werden.

Am Wochenende wurden neben diesen aktuellen Themen vor allem die großen Reform-Vorhaben besprochen.

Wir als Union wissen: angesichts der dramatischen wirtschaftlichen Lage sind strukturelle Reformen bei Arbeitsmarkt, sozialer Sicherung und Steuern notwendiger denn je. Eine zeitnahe Fortsetzung der Beratungen ist vereinbart.

Auf Grundlage der unlängst vorgestellten Empfehlungen der „FinanzKommission Gesundheit“ wird das Kabinett am 29. April einen Gesetzentwurf beschließen, der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zusammenbringt und mit dem die Finanzsituation der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig verbessert wird. Unser unbedingtes Ziel ist es, Beitragssatzstabilität für die nächsten Jahre zu sichern und Arbeitskosten nicht weiter steigen zu lassen.

Am 29. April werden vom Kabinett auch die Eckpunkte für den Bundeshaushalt 2027 beschlossen. Ein Paket, um die Lücke von über 20 Mrd. EUR zu schließen, haben wir am Wochenende beraten. Die Fraktionen sollen in die weiteren Gespräche eingebunden werden. Als zuständige Berichterstatterin für die Haushalte von Auswärtigem Amt (AA) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereite ich mich auf harte und langwierige Verhandlungen vor – die Zeit wachsender Etats ist vorbei!

Bis Juni werden dann auch die Ergebnisse der Rentenkommission vorliegen, auf deren Grundlage wir entsprechende Gesetzgebungsvorschläge zügig im Bundestag beraten werden.

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Reduzierung der Energiesteuer: Wir entlasten an der Zapfsäule.

Um die Beschlüsse des Koalitionsausschusses zügig umzusetzen, haben wir bereits in dieser Sitzungswoche in 1. Lesung den von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD eingebrachten [Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes](#) zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe beraten. Zur kurzfristigen Abfederung der Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft, insbesondere im Handwerk und in der Logistikbranche, werden die Kraftstoffpreise durch Senkung der Energiesteuersätze für Diesel und Benzin und deren steuerlich gleichgestellte Äquivalente (wie z.B. HVO 100) befristet für zwei Monate um jeweils 14,04 Cent je Liter reduziert.



Einschließlich des darauf entfallenden Anteils an der Umsatzsteuer ergibt sich eine Entlastung von rund 17 Cent je Liter. Dadurch werden die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft bei den Preisen für Kraftstoffe um rund 1,6 Milliarden Euro entlastet. Die Energiesteuersenkung wirkt unbürokratisch und hilft, Verbraucher wie Wirtschaft gleichermaßen zu entlasten. Gerade bei uns im ländlichen Raum wirkt das rascher und zielgenauer als z.B. die Erhöhung der Pendlerpauschale – die erst im nächsten Jahr entlasten würde.

Nachdem wir gesehen haben, dass die Lage rund um die Straße von Hormus angespannt bleibt, ist diese breite finanzielle Entlastung für Pendler und Wirtschaft bereits der **zweite Schritt** in dieser Situation. Dieser folgt dem ersten Schritt aus der letzten Sitzungswoche, mit dem wir das Kartellrecht verschärft haben, u.a. mit der Beweislastumkehr, wodurch das Bundeskartellamt die Preise und Gewinne besser untersuchen kann. Mit dem sog. österreichischen Modell (nur noch einmalige Möglichkeit der Preiserhöhung an Tankstellen pro Tag) haben wir bereits die Voraussetzung für mehr Markttransparenz geschaffen.

Klare Regeln für faire Kredite – mehr Schutz für Verbraucher, mehr Verantwortung für Anbieter

Mit der [2./3. Lesung zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie](#) schaffen wir klare und verständliche Rahmenbedingungen für Kreditverträge im Alltag. Verbraucher werden besser geschützt – durch transparente Kosten, nachvollziehbare Informationen und strengere Vorgaben bei der Kreditvergabe. „Buy now, pay later“-Modelle und vergleichbare Finanzierungshilfen werden stärker reguliert.

Mit einer strengeren Kreditwürdigkeitsprüfung tragen wir dem berechtigten Schutzbedürfnis der Verbraucher Rechnung, weil eine unzureichende Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit häufig der Einstieg in die Überschuldung ist. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unser Kreditmarkt verlässlich und funktionsfähig bleibt. Durch die neuen Klarstellungen zum Kauf auf Rechnung bleibt diese bewährte und verbraucherfreundliche Zahlungsoption auch weiterhin erhalten. Die Ausnahme für Charge-Karten, also Kreditkarten, bei denen eine gesammelte Rechnung einmal im Monat abgebucht wird, sorgt praxisnah dafür, dass alltägliche, risikoarme Zahlungsaufschübe nicht unnötig reguliert werden.

Konkrete Leitlinien durch die erste nationale Rechenzentrumsstrategie

In dieser Woche haben wir die [Rechenzentrumsstrategie](#) im Plenum beraten. Sie bildet die Grundlage für den weiteren Ausbau einer leistungsfähigen und digital souveränen Infrastruktur in Deutschland. Unser Ziel ist es, die Rechenkapazitäten bis 2030 zu verdoppeln, für KI- und Hochleistungsrechner sogar zu vervierfachen.

Die Strategie umfasst konkrete Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern Energie, Standortpolitik und Technologie. Im Fokus stehen beschleunigte Genehmigungen, bessere Investitionsbedingungen und eine stärkere Beteiligung von Kommunen an den Einnahmen. Gleichzeitig soll der Betrieb nachhaltiger werden, etwa durch Nutzung von erneuerbaren Energien und Abwärme. Die Strategie zielt darauf ab, Abhängigkeiten von außereuropäischen Cloud-Anbietern zu reduzieren und unsere digitale Souveränität zu stärken. So wollen wir Deutschland zu einem der attraktivsten Standorte für Rechenzentren machen. Auch das ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum im digitalen Zeitalter.

Aktuelle Stunde „Ungarn nach der Wahl – Neue Chance für Europa“

Wir haben die Wahl Péter Magyars und die Rolle Ungarns in Europa in dieser Woche in einer [aktuellen Stunde](#) diskutiert. Magyar hat die Wahl mit einem bürgerlichen Programm gewonnen. Der Rechtspopulismus hat eine schwere Niederlage erlitten.

Die Menschen in Ungarn haben mit ihrer Wahlentscheidung ein ermutigendes Signal gesetzt, das in seiner Bedeutung weit über Ungarn und die EU hinausgeht.

Ich selbst habe mehrfach mit Victor Orbán die Klingen gekreuzt: als Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments hatten wir jahrzehntelan-

gen Ärger mit Korruption und den sehr speziellen Vorgehensweisen seiner Regierung. Im September 2017 hatten wir vom Haushaltskontrollausschusses unter meiner Führung Ungarn besucht.



Es gab einen großen Medienauflauf in Orbáns Heimatort Felcsut – denn die EU-Finanzierung der dortigen Museumsbahn war unser Ziel. Es ging auch um die Sanierung der Budapester Innenstadt und weiteren EU-Projekte. Mit von der Partie waren meine österreichische EP-Kollegin Claudia Schmidt und die beiden Rechnungshofmitglieder Iliana Ivanova und das leider bereits verstorbene ungarische Mitglied Szabolcs Fazakas.

Wir mussten uns von den lokalen Politikern heftig beschimpfen lassen, doch mutige Ungarn haben schon 2017 die Chance genutzt, gegen die weitverbreitete Korruption in der Regierung Orbán zu demonstrieren:



Insofern freue ich mich auch persönlich sehr über dieses ermutigende Wahlergebnis!

Aus dem Bundeskabinett

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch u.a. den Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen (Länder- und Kommunalentlastungsgesetz – LKEG) beschlossen.

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bis 2029 jährlich mit insgesamt etwa einer Milliarde Euro. Damit können Städte und Gemeinden verstärkt ihre Schulden abbauen – und zugleich besser in die wichtige Infrastruktur und Dienstleistungen vor Ort investieren. Details: [KLICK](#)

Zitat der Woche

«Nicht jene, die streiten, sind zu fürchten, sondern jene, die ausweichen.»

(Marie von Ebner-Eschenbach; österreichische Schriftstellerin)

Das Zitat entspricht auch meinem Politikverständnis: Am Beginn eines Diskussionsprozesses ist es richtig und natürlich, wenn unterschiedliche Meinungen aufeinander treffen. Der Kompromiss steht am Ende einer Diskussion, davor darf und muss gestritten werden.

Bilder der Woche



Eine interessante Diskussion führte ich am Donnerstagnachmittag mit Schülerinnen und Schülern der Backnanger „[Gemeinschaftsschule in der Taus](#)“.

Vielen Dank für Eure Fragen und Anregungen!



Die erste BPA-Fahrt 2026 hat bereits stattgefunden! Viele Teilnehmer kamen aus der Gmünder „Blaulichtfamilie“, von der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz.